Nr. 50 / A 26 Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 30. Januar 1927 / V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 80 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3685—3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Garanten der Republik

Von
Georg Bernhard

Ein deutschschweizer Journalist hat neulich seinen Lesern die deutsche Kabinettskrise verständlich zu machen versucht, indem er sie mit der folgenden Stelle aus einem Roman Dostojewskijs in Zusammenhang brachte: Ein Russe kommt zum Postmeister, um eilig Pferde nach einer Stadt zu bestellen, in die er fahren möchte. Der Postmeister teilt ihm mit, daß nach dieser Richtung Pferde an dem bestimmten Tage nicht mehr gehen. Aber, bedeutet er ihm, nach der entgegengesetzten Richtung fährt noch eine Post. „Nischewo," sagt der Russe und nimmt die Pferde nach der anderen Richtung. So, meint der Nachbar, sei einzig und allein der Ausgang der deutschen Krise zu verstehen. Der Postmeister Hindenburg löst nur noch Pferde nach der umgekehrten Richtung abgehen, und „Nischewo" sagt der Reichskanzler Marx und nimmt nach der anderen Richtung Plätze. Man kann nicht sagen, daß nur für denjenigen, der die deutschen Verhältnisse nicht genau kennt, die Krisenlösung ein Rätsel gewesen sei. Auch für die genauen Kenner deutscher Politik war sie es. Sie wurde es noch mehr, als die Zentrums-Richtlinien herauskamen. Denn schließlich wäre ja auf Grund des Zentrumsmanifestes genau genommen die Große Koalition mit Demokraten und Sozialdemokraten zu machen gewesen. Nur daß man von ihnen das Bekenntnis zur Reichsverfassung und zu Locarno nicht ausdrücklich hätte zu verlangen brauchen. Die Zentrumspartei darf sich daher nicht wundern, wenn alle möglichen Gerüchte über die Vorgeschichte der Zentrumsschwenkung auftauchen. Denn man mußte schon nach Vorgängen hinter den Kirchenkulissen suchen, um sich einigermaßen klar zu machen, daß nun in Zukunft plötzlich der republikanische Präsidentschaftskandidat von vorgestern der Führer einer Regierung auf Grundlage der Rechtskoalition von morgen sein sollte.

*

Es liegt im Wesen des parlamentarischen Systems, daß mal nach links und mal nach rechts regiert wird. Und wo kein klares Zweiparteiensystem, sondern die Notwendigkeit besteht, Koalitionen zu bilden, um eine regierungsfähige Mehrheit zu finden, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sich die verschiedenen Parteien der Mitte mal im Bündnis mit der Rechten und mal in Verbindung mit der Linken zum Zwecke des Regierens zusammenfinden. Aber die diesmalige Krise gerade hat gezeigt, daß es in Deutschland mit den Koalitionsmöglichkeiten ein eigen Ding ist. Bei den augenblicklichen Parteiverhältnissen bildet das Zentrum eine besondere Macht. Es kann Koalitionen binden und lösen. Es kann aus eigener Kraft ebenso den Deutschnationalen wie den Sozialdemokraten die Herrschaft sichern. Das ist zweifellos ein ungesundes Verhältnis. Sowohl für das parlamentarische Regieren in Deutschland überhaupt, wie auch für die Zentrumspartei selbst.

*

Für die Zentrumspartei schon deshalb, weil durch einen häufigeren Wechsel von der Art, wie sie ihn sich diesmal erlaubt hat, allmählich das Vertrauen zum Zentrum schwinden muß. Niemand würde es dem Zentrum verübeln, wenn es bei parlamentarischen Abstimmungen heute in Kulturfragen mit der Rechten, morgen in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen mit der Linken votiert. Aber der Systemwechsel bei einer dauernden Koalition wiegt doch schon schwerer. Und daß derselbe Mann heute rechts und morgen links regieren kann, ist doch etwas, was dann nicht faßbar scheint, wenn kein genügender Grund zur persönlichen Frontänderung vorliegt. Und die daraus resultierende Gefahr einer Vertrauensminderung erstreckt sich ja nicht nur auf den Führer. Auch ein Teil der Zentrumsmitglieder selbst läuft Gefahr, Sympathie und Vertrauen zu verlieren. Man denkt unwillkürlich an die Führer des linken Flügels, an Dr. Wirth und den Arbeitersekretär Joos. Beide haben ebenso wie ein Teil ihrer Freunde als ein unveräußerlicher Bestandteil der deutschen Linken gegolten. Ihrer Feder ist das „Manifest" entflossen, das den erneuten Beweis für ihre politische Zuverlässigkeit im Sinne einer linksgerichteten Politik erbracht hat. Und nun befinden sie sich auf den Bänken der Regierungsanhänger gegenüber einer Opposition, der die alten Waffenbrüder zugehören. Das mag einmal erträglich sein, aber wenn dieses Changieren des Zentrums zu einem dauernden Bestandteil der deutschen Politik werden sollte, so muß sich in Zukunft der Kampf der Linken in stärkerem Maße, als es bisher der Fall war, doch auch gegen den Bestand der Zentrumspartei richten müssen. Man hat ihr bisher eine Sonderstellung eingeräumt. Und eigentlich hat die Zentrumspartei bis zum heutigen Tage doch auch wohl eine gewisse Verpflichtung aus dieser Sonderstellung heraus gefühlt. Die Verpflichtung mindestens, nicht ohne weiteres die Führung gegen Links selbst zu übernehmen. Wenn sie aber für die Zukunft unbedingte Freiheit der Entscheidung auch gegenüber Links für sich in Anspruch nehmen will, wenn sie selbst nur als eine Partei unter vielen gelten will, so werden die Linkspolitiker sie künftig auch im Wahlkampf mit anderen Augen betrachten müssen.

*

Die Gefahr der Existenz der Zentrumspartei für das parlamentarische Regime überhaupt besteht ja schon darin, daß sie, im wesentlichen zusammengehalten durch das Band der religiösen Weltanschauung, einen Mikrokosmus der ganzen deutschen Parteienwelt darstellt. Eigentlich ist keine Schichtung des deutschen Volkes im Zentrum unvertreten. Und so kommt es, daß ein klares Regieren durch eine Koalition, bei dem sich das Zentrum befindet, überhaupt nicht möglich ist. Jede Linkskoalition und auch jede Verbindung der Mittelparteien, die nach links Anschluß sucht, muß, wenn sie das Zentrum mit umfaßt, auf die Betätigung der liberalen Weltanschauung in allen Kulturfragen verzichten. Jede Koalition der Rechten mit Zentrumshilfe kann weder ihre Verfassungswünsche durchsetzen, noch in sozialpolitischen Fragen einseitig den Unternehmerstandpunkt vertreten. Das mag sozialpolitisch und kulturell einen gewissen dauernden Ausgleich schaffen und Spannungszustände verhindern. Aber die Folge davon, daß keine Richtung sich voll auswirken kann, ist natürlich auch, daß die Grenzen zwischen rechts und links in Deutschland immer stärker verwischt werden, die Entscheidung der Wähler immer unklarer gestaltet und somit auch eine Auseinandersetzung über gewisse prinzipielle Fragen in Deutschland verhindert wird. Es würde erträglich sein, gewisse Verzichte zugunsten des Zentrums zu machen, wenn man seiner Haltung sicher wäre, wenn mithin also auch das Zentrum auf bestimmte Wünsche extremer Natur dauernd verzichtete. Aber wenn, wie das jetzt beinahe den Anschein hat, das Zentrum sich vorbehält, seine Touren nach eigener Erfindung zu tanzen, dann können sich die anderen Parteien unmöglich auf die Dauer auf das Verzichtleisten einstellen. Denn schließlich läuft das ja darauf hinaus, daß bei all diesen Parteien — gleichgültig, ob es sich um Rechts- oder Linksparteien handelt — gewisse Programmforderungen immer nur auf dem Papier stehen. Denn entweder beehrt sie das Zentrum mit seiner Gesellschaft, dann können sie sie nicht durchsetzen, weil sie den Bundesgenossen nicht vor den Kopf stoßen wollen, oder das Zentrum befindet sich auf der anderen Seite der Barrikade, dann können sie nicht einmal verhindern, daß die entgegengesetzten Anschauungen eine Mehrheit bekommen.

*

Es ist einmal nötig, das auszusprechen. Und es ist vielleicht gut, daß es gerade in diesem Augenblick ausgesprochen wird, wo es ohne Bitterkeit geschehen kann. Und das ist auf demokratischer Seite diesmal der Fall. Denn die Demokratische Partei befindet sich, nachdem sie glücklicherweise der Versuchung widerstanden hat, die neue Rechtskoalition durch ihren Beitritt zum Bürgerblock zu stempeln, in einer Situation, wie sie sie sich nicht besser wünschen konnte, und wie ihre Führer sie sich vor wenigen Wochen noch nicht einmal zu erträumen wagten. Und zwar gilt das für die Demokraten sowohl als Republikaner

Das Rumpfkabinett ernannt

Zusammenstoß Westarp—Hindenburg

Gestern abend ist die Ernennung der neuen Reichsminister durch folgende Mitteilung bekanntgegeben worden:

„Der Herr Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx in seinem Amte als Reichskanzler bestätigt, auf dessen Vorschlag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Reichswehrminister Dr. Geßler sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ihren bisherigen Aemtern bestätigt und den Badischen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. h. c. Koehler zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, Mitglied des Reichstags, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Verbandssekretär Dr. h. c. Koch, Mitglied des Reichstags, zum Reichsverkehrsminister und den Staatssekretär Dr. Schätzel zum Reichspostminister ernannt.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Herr Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Marx beauftragt.

Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Innern hat der Herr Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Montag abend ausgesetzt."

Dieser Entschluß des Reichspräsidenten, zunächst nur die Ernennung eines Rumpf-Kabinetts zu vollziehen und seine Ergänzung bis Montag abend zu befristen, ist nicht leicht gefaßt worden. Es sind ihm im Laufe des Sonabend nachmittag Verhandlungen vorangegangen, die zu einem Zusammenstoß des Reichspräsidenten mit dem Grafen Westarp geführt haben.

Nachdem man Sonnabend vormittag den Deutschnationalen mitgeteilt hatte, daß der Reichspräsident die Ernennung des von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Abg. Graef zum Justizminister nicht vollziehen könne, war Graf Westarp mit zwei anderen Vertretern der Deutschnationalen Fraktion, dem ehemaligen Minister Wallraf und dem Abg. Treviranus bei dem Reichspräsidenten erschienen. Sie ersuchten ihn, seine Ablehnung des Abg. Graef fallen zu lassen, und gingen so weit, diese Ablehnung eines von ihrer Partei vorgeschlagenen Kandidaten als „ungewöhnliches Verfahren" zu bezeichnen.

Als der Reichspräsident darauf dies in nicht mißzuverstehender Weise ablehnte, faßte der deutschnationale Parteivorstand den Beschluß, daß man unmöglich, ohne die Fraktion zu befragen, einen neuen Kandidaten für das Justizministerium präsentieren könne.

Anscheinend hoffte man, durch diese Verzögerung einen Druck auf Herrn von Hindenburg ausüben zu können. Denn Graf Westarp wurde beauftragt, um eine nochmalige Audienz bei dem Reichspräsidenten zu ersuchen, in der er eine Art Genugtuung für die mittägliche Abweisung erbitten sollte.

Der Reichspräsident jedoch lehnte es rundweg ab, den deutschnationalen Parteiführer nochmals zu empfangen. Ebensowenig wollte der Reichspräsident in eine neuerliche Hinausschiebung der Ernennung des Kabinetts einwilligen.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers Marx wurde dann die Ernennung der neuen Regierung in der Weise vollzogen, daß die bereits in der gestrigen Ministerliste genannten Persönlichkeiten mit ihren Aemtern betraut wurden, mit Ausnahme des Justizministers.

Auch der Innenminister wurde noch nicht ernannt, weil die Absicht besteht, den ursprünglich als Innenminister in Aussicht genommenen Abg. Hergt zum Justizminister zu ernennen, während Innenminister der Abg. v. Lindeiner-Wildau werden soll. Dieser hat, wie aus deutschnationalen Parteikreisen verlautet, es am Sonnabendnachmittag abgelehnt, einen Ministerposten anzunehmen, solange er nicht durch seine Fraktion dazu aufgefordert wird. Der Reichspräsident aber soll in seiner gestrigen Unterredung mit dem Reichskanzler, in der er zunächst die vollständige Ernennung des Kabinetts erlangte, geäußert haben, er möchte es schon darauf ankommen lassen, ob Herr v. Lindeiner-Wildau ein Portefeuille ablehne, mit dem er betraut werde. Auf den Rat des Reichskanzlers Marx hat der Reichspräsident diese Probeaufs Exempel nicht gemacht, denn in der deutschnationalen Fraktion hätte der Abg. v. Lindeiner-Wildau dadurch nicht gewonnen.

Die ganze Hartnäckigkeit, mit der die Deutschnationalen auf der Präsentierung des Abg. Graef zum Justizminister bestanden, geht mit darauf zurück, daß Graef der Vorsitzende des völkischen Ausschusses der Partei ist, und daß der ganze völkische Flügel der Deutschnationalen Partei hinter ihm steht, was angesichts der beschiedenen Mehrheit des neuen Regierungsblockes von Wichtigkeit ist.

*

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist für Montag nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden, um über die Besetzung der den Deutschnationalen zugestandenen Posten des Reichsministers des Innern und des Reichsjustizministers zu entscheiden.

Die Deutsche Volkspartei hat für Montag eine neue Fraktionssitzung anberaumt.

0343